

Beratung statt Belehrung

Auch ein Schlüssel zu Tunesiens Demokratisierung

Nele Katharina Wissmann*

» Deutsche Initiativen zur Stärkung des Vergangenheitsbewältigungsprozesses in Tunesien haben auch einen Mehrwert für Deutschland, das mit seinen europäischen Nachbarn, hundert Jahre nach Beginn des Ersten Weltkriegs, ein stark mediatisiertes Erinnerungsjahr 2014 begeht.

2015 wird Europa zudem auf 70 Jahre Frieden nach Ende des Zweiten Weltkriegs zurückblicken. Diese Erinnerungsjahre sind zentraler Teil und gleichzeitig der Beweis für eine bewusste Vergangenheitsbewältigung, der sich Deutschland gestellt hat. Die rechtliche Aufarbeitung und Erinnerungskultur der Verbrechen zwischen 1933 und 1945 und der Stasi-Vergangenheit in der DDR bis zur deutschen Einheit 1990 werden heute als Musterbeispiel einer „geglückten“ *Transitional Justice* angeführt und gibt Deutschland in diesem Bereich eine Vorreiterrolle, die sie jedoch zum Beispiel mit Südafrika und dem positiven Beispiel der Wahrheitskommissionen zur Versöhnung des südafrikanischen Volkes teilt.

Die klassische Transitionsforschung, die sich mit den Transitionen von über dreißig autoritären bzw. totalitären Staaten im späten 20. Jahrhundert auseinandersetzt, misst dem Prozess der Vergangenheitsbewältigung nur eine geringe Bedeutung zu. Dies ist jedoch nur schwer nachvollziehbar: Transition wird idealtypisch in die Phasen Liberalisierung, Demokratisierung und Konsolidierung eingeteilt. In der Konsolidierungsphase werden die Bedingungen geschaffen, die zur Stärkung der Demokratie beitragen können. Das System ist so gegen mögliche Probleme und Krisen gewappnet, die seine Existenz gefährden könnten. Neben der institutionellen und repräsentativen Konsolidierung, also neben der Schaffung von zentralen

Travail de mémoire

Une exposition itinérante du Mémorial Berlin-Hohenschönhausen explique à la population tunisienne comment l'Allemagne a géré son travail de mémoire après deux dictatures, celle du régime nazi et celle du régime communiste en RDA. Cette exposition transmet ainsi l'expérience de l'Allemagne dans le traitement de son passé, un processus parfois très conflictuel, mais essentiel pour la mise en place d'une démocratie durable. Autant d'exemples qui peuvent servir les efforts menés



également en ce sens par la Tunisie depuis la chute du régime du président Ben Ali. Un mémorial, à l'exemple de celui de Hohenschönhausen près de Berlin, doit être érigé dans un lieu symbolique à Tunis ou à Bizerte.

Par ailleurs, un ouvrage a été présenté en février 2014 pour tirer *Les leçons de l'Histoire*, une initiative contre l'oubli, complétée par un documentaire intitulé *La Mémoire noire* et réalisé par le cinéaste tunisien Hichem Ben Amar en coopération avec le Mémorial de Berlin.

Réd.

* Nele Katharina Wissmann arbeitet im Studienkomitee für deutsch-französische Beziehungen (Cerfa) des Französischen Instituts für internationale Beziehungen (Ifri).

Verfassungsorganen und einem Wahl- und Parteiensystem, steht auch die Konsolidierung des Verhaltens und der *civic culture* im Zentrum dieser Phase. Diese wiederum kann nur erreicht werden, wenn das Unrecht der Vergangenheit klar benannt wurde, anders gesagt: Vergangenheitsbewältigung ist zentraler Teil der Herausbildung einer Staatsbürgerkultur. Fehlt dieser Baustein, bleibt die Demokratie fragil, denn demokratische Wertvorstellungen und Verhaltensweisen wurden nicht durch konsequente Rechtsprechung und Aufklärung herausgebildet.

Vergangenheitsbewältigung ist somit kein in die Vergangenheit gerichteter Prozess, sondern sollte auch in der Gegenwart und Zukunft das demokratische Verständnis prägen und beleben. Deutsche Initiativen in Tunesien haben so auch einen Mehrwert für Deutschland. Sie ermöglichen es, neue Gedankenprozesse anzustoßen und eine Modernisierung vorzunehmen, die auf Grund des Generationenwechsels in den folgenden Jahren unabdingbar sein wird. Junge Erwachsene in Deutschland haben heute häufig keine Möglichkeit mehr, sich durch direkte Zeitzeugenberichte über den Zweiten Weltkrieg zu informieren. Nach der Wiedervereinigung geboren, besteht für sie zudem kein oder nur ein geringer Bezug zur Teilung Deutschlands.

Die Kooperation zwischen Deutschland und Tunesien stellt so eine *Win-Win*-Situation für beide Länder da. Tunesien kann sich an den Beispielen orientieren, die bereits in anderen Ländern angewandt wurden, um ihre *Transitional Justice* voranzutreiben, denn ohne Aufarbeitung wird dem Demokratisierungsprozess das nötige Fundament fehlen. Deutschland kann wiederum durch die Mitarbeit an den akuten Baustellen junger Demokratien die Diskussion über die eigene Vergangenheit wiederbeleben und ihre Signifikanz für das eigene demokratische Selbstverständnis aufzeigen.

Parallelen und Unterschiede

Tunesien ist nicht das sich aus dem Netz von Geheimdienst und Spionage befreiende wiedervereinigte Deutschland von 1989 und noch weniger das aus der Diktatur befreite Deutschland

von 1945. Die tunesische Zivilbevölkerung entschied 2011 aus eigenen Schritten mit der Schreckensherrschaft von Zine el-Abidine Ben Ali zu brechen. Deutschland wurde nach 1945 hingegen in der ersten Phase der rechtlichen Aufarbeitung durch die Besatzungsmächte geleitet; Paradebeispiel hierfür sind die Nürnberger Prozesse. Die rechtliche Aufarbeitung kann also nur in Tunesien und durch tunesische Rechtsprechung stattfinden. Ganz abgesehen davon wird jeglicher externer Einfluss auf den Demokratisierungsprozess, gerade von der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich, von der tunesischen Zivilbevölkerung eher skeptisch gesehen.

Sicherlich lassen sich auch Parallelen zwischen den Geheimdienststrukturen der DDR und Tunesiens ziehen. Die ehemalige DDR konnte sich bei ihrem Aufarbeitungsprozess jedoch auf ein politisch stabiles Westdeutschland stützen, ein Fundament, das Tunesien vollkommen fehlt und die Verurteilung der gesamten, in die Schreckensherrschaft involvierten, politischen Elite schlichtweg unmöglich macht.

Vergangenheitsbewältigungs-Modelle lassen sich der jungen Demokratie dementsprechend nicht aufstülpen, denn sie sind in Tunesien entweder nicht praktikabel oder würden sich am Widerstand der Zivilbevölkerung stoßen. Deutschland und seine europäischen Partner können jedoch die Entwicklung eigener Aufklärungsmodelle begleiten und fördern. *Best Practices*-Empfehlungen für Aufarbeitung im Schulunterricht oder den Aufbau von Gedenkstätten können den tunesischen Entscheidungsträgern zur Verfügung gestellt werden. Schließlich kann gerade Deutschland durch sein gutes Stiftungsnetzwerk als Türöffner für andere Länder agieren und Alternativmodelle vorstellen, die nicht auf die deutsche Vergangenheitsbewältigung beschränkt sein sollten.

Die Erinnerungsjahre 2014 und 2015 sollten dementsprechend nicht als rückwärtsgewandtes, realitätsfremdes *Memorial-Event* wahrgenommen werden. Sie sind vielmehr eine Möglichkeit, der Zivilbevölkerung demokratische Wertvorstellungen und Verhaltensweisen ins Bewusstsein zurückzurufen. Die Klammer 1914 – 2014 bietet so gerade der krisengeschüttelten Europäischen Uni-

on neue Handlungsperspektiven zur (Neu-) Definierung ihrer Identität. Die Feierlichkeiten der Erinnerungsjahre 2014/2015 sollten darüber hinaus nicht nur als innerdeutsche oder europäische Veranstaltung konzipiert werden, sie bieten vielmehr eine einmalige Chance, den Brückenschlag in den Mittelmeerraum vorzunehmen und so auch die deutsche Vergangenheitsbewältigung zu „modernisieren“ und für die junge Generation zugänglicher zu machen. Austauschprojekte zwischen jungen Tunesiern und Deutschen wären für beide Länder fruchtbar, denn so würde der einen Seite bewusst, unter wie viel Einsatz noch vor drei Jahren für die für sie so selbstverständliche Meinungsfreiheit gekämpft werden musste. Die andere Seite würde wiederum feststellen, dass die Vergangenheitsbewältigung ein zentraler Baustein des demokratischen Selbstverständnisses Deutschlands ist und somit auch in Tunesien als Dreh- und Angelpunkt des Demokratisierungsprozesses konzipiert werden sollte.

Vergangenheitsbewältigung als Modell

Deutsch-tunesische Initiativen für eine bewusste Auseinandersetzung mit der tunesischen Vergangenheit gibt es bereits: Im Rahmen der Transformationspartnerschaft zwischen Deutschland und Tunesien begleitet die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen den Aufbau einer tunesischen Gedenkstätte, für die man sich ein Gefängnis in der Nähe von Bizerte oder das frühere Gewahrsam des tunesischen Staatssicherheitsdienstes im Gebäude des Innenministeriums vorstellen kann. Das Innenministerium soll wiederum an den Rand von Tunis verlegt werden und durch einen gläsernen Bau die neue demokratische Transparenz verdeutlichen. Nur durch die Schaffung von öffentlich zugänglichen Erinnerungsorten kann die Erinnerungskultur verfestigt werden. In einem gleichen Schritt gilt es, das Vertrauensverhältnis zwischen Politik und Zivilgesellschaft wieder herzustellen, indem Orte des Terrors zu Orten der Aussöhnung umgestaltet werden. Ein zu begrüßender Schritt war so zum Beispiel der Tag der offenen Tür des Präsidentenpalastes, der durch Präsident Moncef Marzouki initiiert wurde. Der ehemalige Sitz der Ben Ali-Partei RCD,

ein imposanter grauer Bau in der Nähe der *Avenue Habib-Bourguiba*, wurde nun als Sitz der Unabhängigen Wahlinstanz ISIE umfunktioniert, eine zu begrüßende Initiative. Aufklärungs- und Aufarbeitungsarbeit muss zudem durch Ausstellungen, Dokumentationen und Spielfilme begleitet werden, um sie der gesamten tunesischen Gesellschaft zugänglich zu machen. Auch hier hat

Die Situation in Tunesien

Drei Jahre nach dem Sturz von Zine el-Abidine Ben Ali steht der Demokratisierungsprozess Tunesiens weiterhin auf wackeligen Beinen. Konnte durch eine Regierungsumbildung die neue Verfassung Anfang 2014 verabschiedet werden, bleiben die Morde an den Oppositionspolitikern Chokri Belaïd und Mohamed Brahmi schmerzhaft für die junge Demokratie. Während direkt nach der Revolution der Ruf nach der Aufklärung der Verbrechen der Ben-Ali-Partei *Rassemblement constitutionnel démocratique* (RCD) laut war, liefen Initiativen der eigenen Vergangenheitsbewältigung nur zaghaft an, da sie für den Demokratisierungsprozess nicht als prioritär angesehen wurden. Während einige Aspekte der *Transitional Justice* in den vergangenen Monaten schlichtweg vernachlässigt wurden, stehen andere Themenbereiche des Bewältigungsprozesses im Zentrum der politischen Spannungen. Debatten über den politischen Ausschluss ehemaliger RCD-Mitglieder und -Funktionäre sowie die Entschädigungspolitik für politische Häftlinge stießen sich an einer starken Emotionalisierung innerhalb der tunesischen Gesellschaft und politischen Elite.

das deutsch-tunesische Projekt aus Hohenschönhausen *Contre l'oubli* durch die Konzeption einer Wanderausstellung *Leben in der Diktatur*, die Publikation eines Leitfadens zur Aufarbeitung von Diktaturen und die Förderung des Dokumentarfilms *La mémoire noire* von Hicham Ben Ammar, der die politische Verfolgung und Folter der linken Bewegung *Perspectives* unter Präsident Habib Bourguiba darstellt, wichtige Impulse gesetzt.

Ein fragiler Prozess

Lange Zeit war so nicht geklärt, wie mit ehemaligen Mitgliedern der Regierungspartei RCD umgegangen werden soll. Zwar wurde die Partei bereits 2011 aufgelöst und den Parteifunktionären der Zugang zu den Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung im Jahr 2011 untersagt. Gleichzeitig geriet das Lustrationsgesetz, das den siebenjährigen Ausschluss aller Regierungsmitglieder vorsieht, die zwischen 1987 und 2011 unter Ben Ali tätig waren, unter Beschuss. So wurden alle RCD-Mitglieder pauschal als schuldig erklärt, ohne dass ihnen die Möglichkeit gegeben wurde, sich individuell zu verteidigen. Eine Hexenjagd auf ehemalige Parteifunktionäre war zu befürchten, während kritische Stimmen davon ausgehen, dass die alten Kräfte im Hintergrund weiterhin die Strippen ziehen. Aus rein pragmatischer Sicht ist die verallgemeinerte Ausschließung eines Teils der politischen Elite kontraproduktiv. Denn die über Jahrzehnte ausgeschlossene frühere Opposition besitzt – wenn auch unverschuldet – nicht immer über die nötige Erfahrung, die es für die Regierungsführung bedarf. Es muss ein pragmatischer Mittelweg gefunden werden, in dem, in Anlehnung an den deutschen Entnazifizierungsprozess, Hauptschuldige und Belastete die rechtlichen Konsequenzen für ihr Handeln tragen, Minderbelastete und Mitläufer, die zu Tausenden in den tunesischen Behörden zu finden sind, jedoch zum Aufbau eines funktionierenden Systems beitragen können. Der Ausschluss bzw. die Reintegration ehemaliger RCD-Mitglieder wird somit auch zum Prüfstein für den innertunesischen Aussöhnungsprozess, dem Deutschland sich in den 1950er- und -60er-Jahren gestellt hat.

Eine intensive Kooperation ist auch im Bereich der Archivarbeit wünschenswert. Das Ende 2013 von Präsident Moncef Marzouki veröffentlichte Schwarzbuch *Das Propagandasystem unter Ben Ali*, das auf den von Ben Ali im Präsidentschaftspalast hinterlassenen Archiven beruht und die Namen von mehreren hundert Journalisten, Politikern und Geschäftsleuten enthält, die die Diktatur unterstützt haben sollen, wurde inzwischen verboten, da es offiziell kein Gesetz zur Öffnung der Archive gibt. Es ist also zu hoffen, dass das Ende

2013 angenommene Gesetz zur *Transitional Justice*, das die Schaffung einer unabhängigen „Kommission für Wahrheit und Würde“ vorsieht, durch die Öffnung der Archive der Anerkennung und Entschädigung der Opfer des Ben Ali-Regimes die nötige Kohärenz und rechtliche Stabilität bietet. Eine enge Zusammenarbeit mit der Stasi-Unterlagen-Behörde wäre dabei wünschenswert, denn auch diese agiert unter dem rechtlichen Schutz eines Stasi-Unterlagen-Gesetzes.

Auch dem deutsch-französischen Paar kommt eine Vorbildrolle im Hinblick auf Versöhnungsprozesse zu. Durch die konsequente Aufarbeitung der Ereignisse, die die Erbfeindschaft zwischen den beiden Ländern begründeten, konnte die Basis für die heutige konstruktive Zusammenarbeit geschaffen werden. Auch der tunesischen Zivilgesellschaft muss Zugang zu Aussöhnungsprozessen gewährleistet werden. Bisher mangelt es zum Beispiel am gesamtgesellschaftlichen Konsens, wer als Opfer anzuerkennen ist. Die Debatte hierüber entwickelte sich bereits zu einem Politikum. Im Dezember 2012 wurde zwar das von der Nadha-Partei vorgelegte Entschädigungsgesetz trotz großem Widerstand verabschiedet, der Partei wurde jedoch vorgeworfen, sich mit dem Gesetz in die eigene Tasche wirtschaften zu wollen, denn die Islamisten stellten eine der größten Opfergruppen dar; in den 1990er-Jahren befanden sich zehntausende Anhänger der Bewegung im Gefängnis. Zitieren lässt sich an dieser Stelle die Rede von Bundespräsident Joachim Gauck am Mahnmal von Lingiades am 7. März 2014, die er auch bei einer anderen seiner vielfältigen „Erinnerungsreisen“ der letzten Monate wie zum Beispiel in Oradour/Glane hätte halten können: *„Ich wünschte so sehr, längst hätte einer gesagt, der damals Befehle gegeben oder ausgeführt hat: ‚Ich bitte um Entschuldigung‘. Oder: ‚Es tut mir so unendlich leid‘. Oder: ‚Ich bereue, dass ich verbrecherischen Befehlen gefolgt bin‘. Es sind die nicht gesagten Sätze und die nicht vorhandenen Kenntnisse, die eine zweite Schuld begründen, da sie die Opfer sogar noch aus der Erinnerung verbannen.“* Auch Tunesien wird sich intensiver mit einer Opferanerkennung auseinandersetzen müssen. Auch Tunesien wird feststellen, dass das Wort „Entschuldigung“ häufig wirksamer sein wird als finanzielle Entschädigungen.